

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Gotabhaya Rajapaksa ist neuer Präsident

Sri Lankas Ex-Verteidigungsminister Gotabhaya Rajapaksa von der *Sri Lanka Podujana Peramuna*-Partei (SLPP) gewann am 17. November 2019 die Präsidentschaftswahl und wurde am 18. Dezember als Staatsoberhaupt vereidigt. Wie die Wahlkommission in Colombo mitteilte, erhielt er nach Auszählung aller Stimmen 52,25 Prozent. Der Gegenkandidat Sajith Premadasa von der Regierungspartei *United National Party* (UNP) erhielt 41,99 Prozent.

Sri Lankas Minderheiten fürchten neue Regierung

Sri Lankas Minderheiten fürchten, dass Rajapaksas bekannter autoritärer Führungsstil sich gegen eine liberale Demokratie wenden wird. Sein Reformpaket werde vermutlich ausschließlich für die singhalesische Bevölkerung des Landes förderlich sein. Viele der Tamil(inn)en in Sri Lanka, die etwa elf Prozent der Bevölkerung ausmachen, haben Angst vor einer erneuten singhalesischen Hardliner-Regierung und sind von der fehlenden Aufarbeitung der Kriegsverbrechen enttäuscht, die insbesondere in der Endphase der Kämpfe zwischen Regierungstruppen (mit Gotabhaya Rajapaksa als Verteidigungsminister) und LTTE-Kämpfern begangen wurden. Auch die muslimische Minderheit Sri Lankas fürchtet die neue Regierung. Nach den Osteranschlägen im April 2019, bei denen islamistische Terroristen mehrere Anschläge auf Christ(inn)en verübten, die über 250 Todesopfer forderten, kam es zu gewaltsamen Übergriffen auf Muslime. Seitdem haben anti-muslimische Äußerungen deutlich zugenommen. Rajapaksas Nähe zu buddhistischen Nationalisten sorgt für Argwohn, da diese seit Jahrzehnten muslimische Gemeinden ausgrenzen und Bürgerwehren organisieren.

Festsetzen einer Botschaftsangestellten

Am 25. November wurde in Colombo eine lokale Angestellte der Schweizer Botschaft entführt. Laut des schweizerischen Außenamtes EDA wurde die Frau auf offener Straße in einen Lieferwagen gezerrt und sollte während ihres zweistündigen Verhörs zur Herausgabe von Informationen über Visaanträge gezwungen werden. Gezielt gefragt wurde nach Informationen zu Nishantha Silva, der zuvor in die Schweiz geflüchtet war und dort Asyl beantragt hatte. Nishantha Silva

ist Polizeioffizier, der strafrechtliche Ermittlungen gegen die Familie Rajapaksa leitete. Er ermittelte unter anderem in Sachen Entführung und Tötung mehrerer Journalisten und Regimekritiker sowie Korruption bei Rüstungsgeschäften während der Jahre 2005 bis 2015. Die Schweiz bezeichnete den Vorfall als „gravierend“.

Streit zwischen Schweiz und Sri Lanka eskaliert

Aufgrund der Entwicklungen berief die Schweizer Staatssekretärin Pascale Baeriswyl am 2. Dezember den Botschafter Sri Lankas, Karunasena Hettiarachchi, ein. Das EDA verlautbarte, dass die Schweiz „ein rechtsstaatliches Verfahren zur Lösung des Falls“ unterstütze, das Opfer der Entführung allerdings derzeit aus medizinischen Gründen nicht vernehmungsfähig sei. Die Schweizer Botschaft in Colombo erstattete Anzeige und forderte eine „rasche und lückenlose Aufklärung der Hintergründe“. Die Machthaber um Rajapaksa warfen ihrerseits der Schweiz vor, die Botschaft habe die Ausreise von Nishantha Silva erleichtert, was ein „rücksichtsloser und illegaler Akt“ gegen Sri Lanka sei. Sri Lankas Außenministerium warf der Schweiz in vielen Punkten Faktenverdrehung vor. Das Schweizer Außenamt wollte sich zu den Entwicklungen und Vorwürfen aus Colombo zunächst nicht weiter äußern.

Rajapaksa will Abkommen mit der UN nicht akzeptieren

Gotabhaya Rajapaksa erklärte bereits am 15. Oktober, dass er bei einer Wahl zum Präsidenten das 2015 mit dem UN-Menschenrechtsrat abgeschlossene Abkommen zur Untersuchung mutmaßlicher Kriegsverbrechen und anderer Menschenrechtsverletzungen (Resolution 30/1 von 2015 und nachfolgende) nicht akzeptieren werde, da es von einer anderen Regierung unterzeichnet wurde. Er begründete dies so, dass er die Vereinbarung nicht als ein vom Staat unterzeichnetes Dokument akzeptieren würde, da seine Partei die gesamte Laufzeit über Einwände gegen das Dokument geäußert habe. „Wir werden dennoch mit dem UN-Menschenrechtsrat zusammenarbeiten, um jegliche Probleme zu lösen“, teilte er bei einer Pressekonferenz mit. Rajapaksa wies die Vorwürfe von Kriegsverbrechen während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister zurück und forderte, dass die Zeit gekommen sei, das Festhalten an alten Anschuldigungen zu vergessen.